BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 13. Juli 2026

Arbeit attraktiver machen – Minijob-Verbot stoppen

Knapp sieben Millionen Menschen in Deutschland sind geringfügig beschäftigt. Die Bundesregierung hat angekündigt, im Zuge einer Rentenreform Minijobs in einem erheblichen Maße mit Sozialbeiträgen zusätzlich zu belasten. Dies käme einer faktischen Abschaffung von Minijobs gleich. Zudem hat die Koalition angekündigt, die Pauschalbesteuerung von Minijobs von zwei Prozent auf fünf Prozent zu erhöhen. Beide Vorhaben hätten weitreichende Folgen: Millionen Menschen, die auf den Verdienst im Minijob angewiesen sind, hätten auf einen Schlag spürbar weniger Geld zur Verfügung. Die Arbeitskosten würden weiter steigen, statt zu sinken, mit schwerwiegenden Folgen für ganze Branchen, weiterem Arbeitsplatzbau und einer Verschärfung der anhaltenden Wirtschaftskrise.

Wir Freie Demokraten:

1. wollen Minijobs als wichtigen Baustein für einen flexiblen Arbeitsmarkt erhalten.

2. lehnen die Belastung von Minijobs durch höhere Steuern und zusätzliche Sozialbeiträge ab.

3. wollen die Dynamisierung beibehalten und die durchschnittliche, monatliche Verdienstgrenze für Minijobs auf 650€ erhöhen.

4. wollen ein Einfachsteuersystem mit einem Vier-Stufen-Tarif einführen, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt entlastet. Eine automatische Anpassung der Steuer an die Entwicklung der Inflation wollen wir dabei gesetzlich verankern.

5. wollen die Menschen mit strukturellen Reformen vor steigenden Sozialabgaben schützen.

6. wollen Hinzuverdienstgrenzen modernisieren, um den Einstieg in Beschäftigungsverhältnisse und Arbeit insgesamt attraktiver zu gestalten.